

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**  
FRAKTION IM RAT DER STADT MEERBUSCH

Bündnis 90 / Die Grünen - Meerbusch

**An die Meerbuscher Presse**

**Meerbusch, 17.08.2020**

**MITTAGSVERPFLEGUNG FÜR ARME KINDER SICHERSTELLEN**

Sehr geehrte Damen und Herren der Meerbuscher Presse,

die Stadt Meerbusch ignoriert Angebote zur Mittagesversorgung für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Hierzu bitten wir um Berücksichtigung nachfolgender Pressemitteilung.

Vielen Dank

VG

Jürgen Peters

---

**MITTAGSVERPFLEGUNG FÜR ARME KINDER SICHERSTELLEN**

Die Stadt Meerbusch ist, wie alle Kommunen, verpflichtet, einkommensschwache Familien, über die Möglichkeiten einer Finanzierung der Mittagesversorgung ihrer Kinder zu informieren. Die Kinder aus diesem Personenkreis sind von der Corona-Pandemie besonders betroffen, weil ihre Ansprüche auf zusätzliche Leistungen zur Bildung und Teilhabe bzgl. Mittagessen ersatzlos weggefallen sind.

Das **Bundesministerium für Arbeit und Soziales** hat gesetzlich geregelt, dass die Kosten für ein Schulmittagessen oder für die Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten bzw. in der Kindertagespflege im Rahmen des Bildungs- und Teilhabe-Paketes übernommen werden können. Auch Gutscheine für den Kauf von Lebensmittel können ausgegeben werden. Damit stünde diesen Familien **eine vom Bund finanzierte Unterstützung** zu.

Viele Eltern können die Mehrkosten für eine ausgewogene Ernährung ihrer Kinder aus dem viel zu niedrigen Regelsatz nicht aufbringen.

*„Wir gehen davon aus, dass eine ausgewogene Mahlzeit in der Schule oder Kita mindestens 4 Euro kostet. Insofern gehen den Familien jeden Monat mindestens 80 Euro Anspruch verloren,“ sagt die Grüne Spitzenkandidatin für den Kreistag, Angela Stein-Ulrich.*

Nach Inkrafttreten des Gesetzes (Sozialschutz-Paketes II) am 20.05.2020 hat in NRW das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS NRW) die Vorgaben zur Rechtsanwendung mit Erlass vom 28.05.2020 konkretisiert und die Umsetzung sogar bis zum 30.9.2020 verlängert.

Der Haken: „Die betroffenen Familien werden von der Stadt Meerbusch hierüber bis heute **nicht** informiert. Dadurch wird vielen Kindern diese Leistung vorenthalten“, sagt der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jürgen Peters. „Diesbezügliche Nachfragen und der Hinweis auf die Informationspflicht der Stadt, blieben wirkungslos“, so Peters. „Schreiben der Kreisverwaltung gingen ins Leere.“

Dieser unhaltbare Zustand muss umgehend ein Ende haben.